

# Pfarrer glaubt im Fall Sülen an Wende

Wichtiges Dokument aus der Türkei liegt vor – Kommunalpolitiker legten in der Diskussion ihre Haltung dar

Von Andreas Burkert

Mehmet Sülen hofft mehr denn je, in Deutschland politisches Asyl zu erhalten. Der Kurde, dessen Familie die Evangelische Gemeinde Schlebusch seit dem 25. April Kirchenasyl gewährt, ist jetzt im Besitz einer Kopie des Gerichtsurteils, das vor sieben Jahren in der Türkei gegen ihn erging. Wie berichtet, wurde er in seiner Heimat wegen gewerkschaftlicher Betätigung zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt.

„Unser Anwalt hat natürlich vor Freude einen Satz gemacht, als er es erhielt“, äußerte am Donnerstagabend Pfarrer Peter Klassen erleichtert. „Das muß jetzt die Wende sein“, glaubt auch Mehmet Sülen, dessen Asyl- und Folgeanträge von den Behörden abgelehnt worden waren. Derzeit läuft eine Klage gegen diese Entscheidung beim Verwaltungsgericht Ansbach.

Aus dem Dokument gehe jedoch die „undemokratische“ Basis des Urteils eindeutig hervor, versicherte der 33jährige Kurde. Pfarrer Klassen verriet nur soviel: „Der Staatsanwalt hatte sogar 15 Jahre Haft gefordert.“

Am Donnerstagabend hatten sich im Gemeindesaal am Markt, wo derzeit tagsüber Sülens Kinder Ilyas (7), Agit (6) und Gülizar (3) herumturnen, Vertreter von Parteien, Kirche und Flüchtlings-Organisationen eingefunden, um über das Schicksal der Sülens zu diskutieren. Gekommen waren neben über 100 Zuhörern Bürgermeister Hans Klose (SPD), Landtagsmitglied Ursula Monheim (CDU), Gerd Wölwer (Bündnis 90/Die Grünen) und



Diskutierten über das Thema „Kirchenasyl“: Ursula Monheim (CDU), Jutta Graf (Flüchtlingsrat), Dirk Vogelskamp (Netzwerk Asyl in der Kirche), Hans Klose (SPD), Gerd Wölwer (Grüne), Beate Horst (FDP), Mehmet Sülen, Michael Diezun (Landeskirchenamt). (Bild: Rupprecht)

Beate Horst (FDP); dazu Jörn-Erik Gutheil, Michael Diezun (beide Landeskirchenamt), Jutta Graf (Flüchtlingsrat Köln) und Dirk Vogelskamp (Netzwerk Kirchenasyl, Köln).

Könnten die Politiker nicht zumindest versuchen, die Zuständigkeit für den Fall Sülen von Bayern auf das Land Nordrhein-Westfalen zu übertragen? Auf eine positive Antwort dieser Frage drängten neben Landeskirchenrat Gutheil

auch einige Zuhörer. Jutta Graf betonte, Sülens Heimatregion gelte derzeit als „Ausnahmeprovinz“. Und die Politik könne dafür sorgen, die Familie vor der gefährlichen Rückkehr zu bewahren.

Als erster signalisierte Klose Unterstützung, verwies aber gleichzeitig auf einen Beschluß des Stadtrates, der einen moderaten Umgang mit Asyl-Kandidaten beinhaltet. Nach erneutem Nachfragen aus dem Publikum versprach Klose schließlich, er werde bei den

Fractionen für die Übernahme des Verfahrens „werben und noch heute einen Brief an den OB schreiben“. Einen „interfraktionellen“ Antrag im Rat sowie „einen breiten Konsens Leverkusener Politiker und Persönlichkeiten“ befürwortete auch Öko-Politiker Wölwer.

Ursula Monheim, die sich fortwährend Kritik gegen „ihre“ Regierung wegen der „Stützung“ des Asyl-Paragrafen im Grundgesetz anhören mußte, sagte offen: „Als

Christen müssen wir für Menschen einschreiten, deren Leben bedroht ist.“ Und: „Wieso kann man bei solchen Leuten, die schon so lange hier leben, keinen Schlußstrich ziehen und sie hier leben lassen?“

Allein die Liberale Beate Horst mochte ihre persönliche Meinung zum Fall Sülen nicht darlegen. „Kirchenasyl ist Christen-Pflicht“, sagte sie zwar, ansonsten wolle sie sich aber „zum schwebenden Verfahren nicht äußern“. Horst: „Was dort passiert, liegt nicht in unserer Hand.“

Auch Hans Klose sagte später, die Parteien seien „nicht imstande“, Asyl-Entscheidungen zu beeinflussen. Vielmehr müsse sich jeder einzelne Bürger dafür einsetzen. Kirchenrat Gutheil darauf: „Sie haben uns gerade nahegelegt, nicht mehr zur Wahl zu gehen.“

## ÖTV: „Skandal“

Die Kreisverwaltung Rhein-Wupper der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) solidarisiert sich mit dem ehemaligen türkischen Verwaltungsangestellten Mehmet Sülen. „Wir begrüßen seine mutige Arbeit, sich in der Türkei für freie und unabhängige Gewerkschaften einzusetzen“, so ÖTV-Vorsitzender Wolfgang Zimmermann. Es sei ein Skandal, daß sich die Minister der Länder darauf geeinigt hätten, nach dem 12. Juni bedrohte Kurden abzuschieben. Denn sogar der türkische Innenminister habe zugegeben, daß in seinem Land Menschen verschwinden und gefoltert würden. (abu)

KW & Frank am 11. August v. 3. 6. 95.

An L. 53